

Die Bilanz der Europäischen Integration 1986/87

30 Jahre EG – Eine Idee wird politischer Alltag

WERNER WEIDENFELD

KONTRASTE

ERFAHRUNGEN

Dauerhafte Konstellationen
Verschiedene Ansätze
Differenzierte Gründungsleistung
Komplizierte Bilanz
Neue Herausforderungen

DAS AUSWANDERN DER THEMEN

Die Vitalisierung der Nation
Der Traum von Mitteleuropa
Die Selbstbehauptung Europas

KONTRASTE

Am 25. März 1987 jährte sich zum 30. Mal der Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. 30 Jahre EG – ein Grund zum Feiern, zum Lamentieren, zur selbstkritischen Nachdenklichkeit? 30 Jahre EG – das ist auf jeden Fall ein Anlaß, eine historische Standortbestimmung des Integrationsprozesses vorzunehmen. Was war der Ausgangspunkt? Welche Wegstrecke ist zurückgelegt? Welche Zukunftsperspektive erscheint realistisch? Diese Fragen lenken den Blick auf die großen Entwicklungslinien, die sonst im amorphen Alltag vielschichtiger Detailereignisse im Hintergrund verschwinden. Die Schlagzeilen gehören ganz den Punktstrahlen kurzlebiger Tagesaufmerksamkeit.

Wer die Szenarien des Jahres 1957 mit denen des Jahres 1987 vergleicht, der bemerkt unmittelbar die gravierenden Differenzen: Die politische Atmosphäre in Sachen Europa hat sich gewandelt. Eine Idee ist zum politischen Alltag geworden. Und dennoch hat dieser Versuch der europäischen Gemeinschaftsbildung unübersehbare Sogwirkung entfaltet: Aus ursprünglich sechs sind zwischenzeitlich zwölf Mitgliedstaaten geworden. Kaum ein Staat, gleichgültig auf welchem Kontinent, ist noch ausfindig zu machen, der nicht nach privilegierten Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft strebte. Unübersehbar ist zugleich die Heterogenität der Gemeinschaft gewachsen. Nationale Egoismen haben an Gewicht gewonnen. Die Entscheidungsfindung ist noch schwerfälliger geworden. Gleichzeitig wurden die Materien, denen sich die EG-Mitgliedstaaten gemeinschaftsorientiert zuwandten, wesentlich erweitert. Die zentralen Gravitationsfelder der Europäischen Gemeinschaft haben sich nach Süden verlagert, mit weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft.

Wer die Szenarien des Jahres 1957 mit denen des Jahres 1987 vergleicht, dem können auch die Kontinuitäten nicht entgehen: Nach wie vor befinden sich unterschiedliche Integrationskonzepte in einer unentschiedenen Spannungslage. Nach wie vor bewegt sich die Gemeinschaft – mit mehr oder minder großem Erfolg – von Reformvorschlag zu Reformvorschlag. Manches verschwindet in den Schubladen, manches wird realisiert. Die konjunkturellen Wellen der Reformdiskussion zeigen relativ gleichmäßige Kämme und Täler.

ERFAHRUNGEN

Welche grundsätzlichen Erfahrungen sind aus der 30jährigen Geschichte der Europäischen Gemeinschaft festzuhalten?

Dauerhafte Konstellationen

Die Konstellationen, die sich in den Verhandlungen zu den Römischen Verträgen herauskristallisiert hatten, behielten auch in der Folgezeit ihre prägende Wirkung.

Es käme einer nostalgischen Verklärung gleich, würde man meinen, die Römischen Verträge seien aus einer vorgegebenen Harmonie entstanden. Sie sind vielmehr das Ergebnis vielfältiger Konflikte und Kompromisse gewesen¹. Die Konstellationen, die sich in diesem Kontext herauskristallisierten, markieren die langfristigen Dispositionen der Gemeinschaftsakteure.

Europapolitisches Scheitern prägte die Geburtsstunde der Römischen Verträge. Nach erfolgreicher Etablierung eines funktionalistischen Integrationsversuchs in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl erfolgte ja als weiterer Schritt die Ergänzung durch den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Konstruktion eines gemeinsamen politischen Daches mit dem Verfassungsentwurf für eine Europäische Politische Gemeinschaft. Als EVG und EPG scheiterten, bewährte sich der tastend, pragmatisch-experimentierende Grundzug der Europäischen Gemeinschaftsbildung. Gewissermaßen ohne Atem zu schöpfen setzte man an neuen Materien an: Wirtschaft und Atom². Diese Fähigkeit zum Neubeginn sollte die Integrationspolitik später immer wieder beweisen: Außenpolitik, Währungspolitik, Sicherheitspolitik sind als Beispiele zu nennen.

In den Verhandlungen um die Römischen Verträge prallten hart die divergierenden Interessen aufeinander: Frankreichs Interesse an einem Schutzzaun um die eigene Wirtschaft; sein Interesse an Kontrolle der Atompolitik, vor allem des östlichen Nachbarn bei gleichzeitiger Aussparung der militärischen Atomkomponenten aus der Europäischen Gemeinschaftsbildung; das deutsche Interesse an ungehinderter Bewegung im großen Gemeinsamen Markt; das englische Interesse, lediglich eine Freihandelszone zu etablieren; sein Ziel, möglichst wenig Supranationalität in Europa entstehen zu lassen; das sowjetische Interesse, die Aufmerksamkeit der europäischen Staaten ganz auf den Bau einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu konzentrieren. Zwischen den sechs Verhandlungspartnern kam es zum Durchbruch, als sich Frankreich und Deutschland einigten. Alles das prägte in einer ungewöhnlichen dokumentarischen Dichte die Verhandlungen um die Römischen Verträge. Alles das kennzeichnete aber auch die Kulissen der Europapolitik nach Unterzeichnung der Verträge – genauso wie die wiederholten Versuche, ein politisches Dach über die sektoral begrenzte Integration zu stützen³. Der erste Versuch fand 1952/53 statt, als die Europäische Politische Gemeinschaft die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verbinden sollte. Der zweite Versuch wurde 1961/62 mit den Fouchet-Verhandlungen unternommen. Schließlich legte 1984 das Europäische Parlament mit dieser Intention den Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union vor. Registriert man diese zeitlichen Intervalle, so ist man fast geneigt, eine Prognose für den nächsten Versuch zu einer Politischen Union zu stellen.

Verschiedene Ansätze

Die Römischen Verträge haben die Europapolitik nicht auf ein bestimmtes Inte-

grationsmodell fixiert. Unterschiedliche Ansätze konnten daher auch bei den Realisierungsbemühungen greifen.

Die Römischen Verträge tragen eine stark funktionalistische Handschrift, verbunden mit föderalistischen Ornamenten. Sie konzentrieren sich stark auf das Feld der Ökonomie, verbunden mit einer weiterreichenden politischen Perspektive. Sie sind in vielen Bereichen sehr detailgenau ausformuliert, beinhalten jedoch mit dem Artikel 235 des EWG-Vertrages eine Generalklausel thematischer Ausdehnung, wovon bisher ausgiebig Gebrauch gemacht wurde. Im Rahmen der Römischen Verträge haben intergouvernementale wie supranationale Prozeduren ebenso ihren Platz wie parlamentarische und technokratische Aktionsformen. Die Flexibilität der Europapolitik findet hier zweifellos eine zentrale Begründung.

Der Sachverhalt entwicklungsöffener Formulierung des Vertragswerks hatte zur Konsequenz, daß 30 Jahre eigentlich kein dringender Bedarf nach einem Ergänzungsvertrag bestand. Erst mit der Einheitlichen Europäischen Akte ist eine solche Ergänzung vorgenommen worden – sieht man von dem auf die eher technisch-institutionellen Fragen fixierten Fusionsvertrag aus dem Jahr 1965 einmal ab. Selbst im Blick auf die Einheitliche Europäische Akte mag man Zweifel hegen, ob ein wirklicher Bedarf nach einem Ergänzungsvertrag bestand⁴. Schließlich hat die Einheitliche Europäische Akte zu einem Teil – was die außenpolitische Zusammenarbeit anbetrifft – lediglich das kodifiziert, was bisherige politische Praxis war. Zum anderen Teil – was den Binnenmarkt anbetrifft – hat sie lediglich erneut ein Ziel beteuert, das bereits in den Römischen Verträgen fixiert war. Die Terminierung der Vollendung des Binnenmarktes auf das Jahr 1992 dürfte ohne wesentliche Bedeutung sein angesichts der Erfahrungen, die beim bisherigen Umgang der EG mit solchen Fristsetzungen zu sammeln waren. Die Veränderungen der Entscheidungsprozeduren im Rahmen des Binnenmarktes – eine Neuerung durch die Akte – dürfte in der Praxis kaum zu Buche schlagen, da der Luxemburger Kompromiß aus dem Jahr 1966 nicht berührt wird.

Die relativierende Problematisierung der Einheitlichen Europäischen Akte kam sehr anschaulich in den Unterzeichnungs- und Ratifizierungsverfahren der EG-Mitgliedstaaten im Laufe der Jahre 1986 und 1987 zum Ausdruck: In Dänemark mußte vor Unterzeichnung des Vertrages ein Referendum bemüht werden⁵. Dabei wurde für die Akte mit dem Argument geworben, sie sichere den ökonomischen Status quo und schütze vor weitergehenden politischen Reformen. In der französischen Nationalversammlung war die Ratifizierungsdebatte geprägt von dem Argument, ein Abrücken vom Luxemburger Kompromiß sei damit nicht verbunden. Paris hob ausdrücklich die weiterbestehende Möglichkeit des Vetos hervor und verknüpfte dies mit dem Ratifizierungsvorgang⁶.

In der Bundesrepublik Deutschland war der Ratifizierungsprozeß gekennzeichnet vom Versuch der Bundesländer, künftig stärkeren Einfluß auf die Europapolitik nehmen zu können⁷. Die Bundesländer bemerkten offenkundig den umfassenden Systemwandel, der sich seit den 50er Jahren durch den Inte-

grationsprozeß vollzog, mit einer jahrzehntelangen Verspätung. Erst einmal aufgewacht, dramatisierten sie den Vorgang in einer Weise, die die vergleichsweise geringfügigen sachlichen Veränderungen durch den neuen Vertrag nicht angemessen widerspiegelte. Immerhin haben die Bundesländer erwirkt, daß ihnen eine umfassende und frühestmögliche Unterrichtung über alle für die Länder interessanten Vorhaben der EG gesetzlich zugesichert wurde. Außerdem wurde die Bundesregierung verpflichtet, dem Bundesrat bei Angelegenheiten, die die Länder betreffen, die Möglichkeit zur Stellungnahme einzuräumen. Im Falle einer Abweichung von der Bundesratshaltung besteht nunmehr eine Begründungspflicht seitens der Bundesregierung.

Differenzierte Gründungsleistung

Die Gründungsleistung hat im Laufe der EG-Entwicklungsgeschichte unterschiedliche Interpretationen erfahren. Weitsicht und Fehleinschätzungen wurden zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich stark beleuchtet.

Vor dem Hintergrund einer jahrelangen europapolitischen Krisendebatte wurde Anfang der 80er Jahre verstärkt an die Erfolgsgeschichte der Europäischen Gemeinschaft erinnert. Als Rezeptur für ratlose Europäer wurde angeraten, den Blick zurück in die 50er Jahre zu richten. Vom „Geist der Krämer“ gelte es zum „Geist der Erbauer“ zurückzufinden. Die Sehnsucht nach dem Geist der Gründer – daraus schien der Stoff europäischer Zukunftsperspektiven gewebt zu sein⁸. Wie konnte damals der Durchbruch zu solch einem geradezu gigantischen Vertragswerk erzielt werden? Wo liegt der Schlüssel für die politische Übereinkunft der Europäer, die zu einem heute kaum noch nachvollziehbaren fundamentalen Wandel in Westeuropa geführt hat? Die Antwort, die allerdings in ihrem Gewicht mit dem Hinweis auf die damals günstigeren Rahmenbedingungen relativiert werden muß, erscheint recht einfach: Man wußte, Pakete zu schnüren. Die Tagesordnungspunkte, die Interessen und Einzelkonflikte blieben nicht unverbunden nebeneinander stehen, sondern sie wurden in einen dichten politischen Zusammenhang gestellt. Im Paket wurden selbst antagonistische Interessen produktiv gemacht. Was als Einzelvorstoß, als Einzelplan geradezu aussichtslos erschien, konnte im Gesamtableau der Themen kompromißfähig werden. Das Erfolgsrezept des „Europa der ersten Generation“ lag in dieser Kunst, europäische Pakete auf den Weg zu bringen. Das „Europa der zweiten und dritten Generation“ hat daran erst wieder mit der Feierlichen Deklaration des Jahres 1983 und mit dem Ansatz eines Zusatzvertrages angeknüpft, der dann in der Einheitlichen Europäischen Akte seine konkrete Ausformulierung fand.

Neben dem nostalgischen Glanz, in den die EG-Gründungsgeschichte getaucht wurde, ist aber auch die Kritik nicht zu übersehen, die nachträglich an den Römischen Verträgen geübt wurde. Nimmt man die Verpflichtungen der Römischen Verträge wörtlich, dann ist unübersehbar, daß die Realisierung noch eine erhebliche Wegstrecke zurücklegen muß. Artikel 2 des EWG-Vertrages beschreibt die Aufgaben der Gemeinschaft wie folgt: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch

die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind⁴. Die Erfahrung zeigt nun, daß die vertragliche Fixierung eines europapolitischen Sachverhalts seine Realisierung nicht garantiert.

Im Blick auf die Erfüllung dieser Aufgaben des EWG-Vertrages sind den Gründungsvätern vier Irrtümer unterlaufen:

- a) Sie haben die Bremswirkung unwesentlicher Details unterschätzt. Die geradezu unerschöpfliche Phantasie zur Entwicklung nichttarifärer Handelshemmnisse wurde von ihnen zweifellos übersehen. Die Eigendynamik überbordender Marktordnungen in der Agrarpolitik wurde ebenfalls nicht gesehen. Lediglich in ihrer Skepsis gegenüber einer expandierenden Bürokratie in Brüssel entwickelten die Gründer bald ein gemeinsames Problembewußtsein.
- b) Die Gründer haben es versäumt, der Gemeinschaft ein effizientes Führungsinstrument zu geben. Ihre Annahme, die Kommission könne in eine solche Rolle hineinwachsen, erwies sich als irrig. Politischer Gewichtsverlust kennzeichnete die Entwicklungstendenzen der EG-Kommission.
- c) Die Gründungsväter haben das Gefüge der Institutionen als einen dynamischen Entwurf verstanden, ohne diese Dynamik verpflichtend festzuschreiben. Vor allem die parlamentarische Versammlung, das Europäische Parlament, wurde von Anfang an stiefmütterlich konzipiert. Damit fehlte und fehlt auch heute der Gemeinschaft eine angemessene Legitimations- und Infrastruktur, ohne die ein hochkompliziertes politisches System nicht regierbar ist.
- d) Die Gründungsväter haben in einem Klima wirtschaftlichen Wachstums nicht damit gerechnet, daß die Europäische Gemeinschaft in diesem Ausmaß zu einem höchst konflikträchtigen Adressaten von materiellen Ansprüchen und Begehrlichkeiten, zu einem Produkt aus Wirtschaftsstatistiken und Finanzströmen verkommen würde.

Komplizierte Bilanz

Die besonderen Erfolge und Mißerfolge der Europäischen Integration lagen außerhalb der Verträge.

Der zentrale Einbruch in die Erfolgsgeschichte der Europäischen Integration erfolgte mit dem Luxemburger Kompromiß des Jahres 1966⁵. In der vertraglich vorgesehenen Übergangszeit wären zum 1. Januar 1966 im Ministerrat Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit zu wichtigen Sachgebieten möglich geworden. Diesen Übergang suchte Frankreich mit seiner Politik des leeren Stuhls zu verhindern, indem es an den Sitzungen der EG-Gremien nicht mehr teilnahm. Im Luxemburger Kompromiß wurde festgehalten, daß man in kontroversen An-

gelegenheiten den Konsens suchen solle. Falls es nicht gelinge, diesen Konsens herzustellen, ging Frankreich davon aus, daß das einzelne Mitglied eine Veto-Position besitze, falls vitale Interessen berührt seien. Die fünf restlichen EG-Staaten dagegen wollten dann die vertraglich vorgesehenen Abstimmungsprozeduren verwirklichen. In der Interpretationsgeschichte des Luxemburger Kompromisses gelang es Frankreich, seine Sicht durchzusetzen, so daß seither faktisch für jedes EG-Mitglied die Möglichkeit des Vetos besteht. Im Nadelöhr des Ministerrates blieben daher viele Entwicklungsfäden einer dynamischen Integrationspolitik hängen.

Daneben kennt die Geschichte der Europäischen Integration wichtige Erfolge, die außerhalb der Römischen Verträge erzielt wurden. Der EWG-Vertrag hatte die Außenpolitik ausgeklammert. Sie galt damals gewissermaßen als Tabu, als letztes geheiligtes Reservat nationaler Souveränität. Mit der Etablierung und immer stärkeren Verdichtung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit ist es gelungen, dieses Tabu zu brechen – ja mehr noch, es ist ebenso gelungen, sicherheitspolitische Aspekte einzubeziehen.

Ähnlich positiv beurteilen wird man das Europäische Währungssystem und in einigen Jahren wahrscheinlich auch die neue Form technologischer Zusammenarbeit in Eureka¹⁰.

Neue Herausforderungen

Die Zukunft der Europäischen Integration wird nicht in erster Linie von den Römischen Verträgen abhängen.

Der Teil der Römischen Verträge, der realisiert worden ist, gilt zwischenzeitlich als europäische Selbstverständlichkeit. Er wird keine neue Aufmerksamkeit provozieren. Der noch nicht verwirklichte Teil wird kaum durch eine direkte Vertragspolitik, eher auf Umwegen durch Sogwirkung europapolitischer Erfolge außerhalb der Verträge oder durch Druck von außen modifiziert. Die zentralen Herausforderungen der europäischen Politik werden auf Feldern auszutragen sein, für die die Römischen Verträge nicht den Rahmen bieten: Die Fortentwicklung der europäischen Sicherheitspolitik und der europäisch-amerikanischen Beziehungen, die Spitzentechnologie etwa im Zusammenhang mit der Weltraumfahrt, die Etablierung einer europäischen Leitwährung als Alternative zum amerikanischen Dollar.

DAS AUSWANDERN DER THEMEN

Die Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte hat für eine Atempause in der Reformdiskussion gesorgt. Zugleich wird deutlich, wie unterhalb der Oberfläche tagespolitischen Ringens der europapolitische Konsens auch in den sechs EG-Gründungsstaaten weiter bröckelt. So ist in der Bundesrepublik Deutschland eine Diskussion eröffnet worden, die zentrale Punkte bisheriger-

Übereinstimmung in Zweifel zieht. Da wird beispielsweise der Sinn einer weitergehenden wirtschaftlichen Verflechtung verneint¹¹. Da wird die Notwendigkeit einer weitergehenden Kompetenzübertragung an das Europäische Parlament negativer beurteilt¹². Da wird der nationale Vorbehalt gegen Europa wieder deutlicher artikuliert¹³.

Über diese Befunde, die sich ja immer noch an der Europäischen Gemeinschaft orientieren, geht eine perspektivisch geführte, eher politisch-kulturell aufgeladene Debatte noch weit hinaus. Deren Themen sind längst aus dem EG-Europa ausgewandert. Sie machen sich fest an der Nation, an Mitteleuropa, an einem Europa jenseits der weltpolitischen Konfliktlinien. Bei aller Stabilität des institutionell verfaßten Europäischen Integrationsmodells sollte man die intellektuelle Sogwirkung und politische Macht dieser Europa-Bilder nicht unterschätzen.

Die Vitalisierung der Nation

In allen EG-Mitgliedstaaten ist eine Vitalisierung des nationalen Gedankens zu beobachten. Darin mag eine Kompensation der fortschreitenden Internationalisierung liegen. Je stärker die Länder europäisieren, desto stärker wird offenbar der Druck, das Eigene, das spezifisch Unterscheidende zu betonen. Besonders sensibel gilt es dieses Thema in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten.

Was das intellektuelle Leben anbetrifft, ist hier geradezu eine „Renaissance der Deutschen Frage“ zu beobachten¹⁴: eine lange Reihe von Bestsellern, Aktivitäten der Massenmedien, internationale Aufmerksamkeit¹⁵. Der schnellere geistige Pulsschlag steht allerdings in einem merkwürdigen Kontrast zur stabilen Einbindung beider deutscher Staaten in den weltweiten Ost-West-Konflikt. Es sind offenbar nicht die traditionellen Elemente deutschlandpolitischer Normen und eines deutschlandpolitischen Pragmatismus, die jene Brisanz der aktuellen Diskussion ausmachen, sondern tiefer liegende kulturelle Anfragen und Nachdenklichkeiten. Heute stellen sich Fragen nach dem geistig-politischen Standort. Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Als Identitätsthema ist die Deutsche Frage zu einem wichtigen Bestandteil der politischen Kultur geworden. Unübersehbare Schubkräfte werden dazu von verschiedenen zivilisationskritischen Strömungen freigesetzt: von der Kritik an der Industriegesellschaft, von antiwestlichen Affekten, von dem Friedenswunsch in Ablehnung komplizierter Sicherheitsdoktrinen. Dahinter schwelen zudem kulturelle Sehnsüchte nach der glanzvollen Idee, die alle politischen Beschwerden überstrahlen könnte. Das Unbehagen an der Moderne dramatisiert den Wunsch nach Identität.

Der Traum von Mitteleuropa

Auch der Mitteleuropa-Begriff hat Konjunktur¹⁶. Von Friedrich Naumann 1915 als Beitrag zur Kriegszieldiskussion formuliert¹⁷, bezeichnete dieser Begriff im Kontext der deutschen Diskussion eine deutsche Einflußsphäre in Ost-, Mittel- und Südeuropa. Die Mittelmächte – Deutschland und Österreich-Ungarn als

Einheit verstanden – sollten die Führung in einem Mitteleuropa übernehmen, das sich gleichermaßen gegen Ost und West behauptet.

Nach einer Zuckung also heute mit Recht zurück, wenn Programmatik zu Mitteleuropa formuliert wird. Aber dennoch drängt sich das Mitteleuropa-Thema mehr und mehr in den Vordergrund: als Neutralität für Mitteleuropa, als Kultur Mitteleuropas, als alternatives Sicherheitssystem in Mitteleuropa, das zugleich einen Puffer zwischen den Weltmächten bilden soll. Kurzum: Es handelt sich um Pläne und Ideen, denen bisher die politischen Akteure zur Verwirklichung fehlen. Es fehlen auch die internationalen Rahmenbedingungen; es fehlen die erwünschten Asketen der Weltpolitik, die ein machtpolitisches Vakuum achtlos beiseite liegenlassen würden; es fehlen die folgsamen politischen Garantieinstanzen für ein solches Modell.

Das Fehlen des politischen Realitätsbezugs nimmt der Mitteleuropa-Idee jedoch nichts von ihrer aktuellen Brisanz – als ob die Suche nach Fluchtwegen in die Irrationalität den Schlüssel zum politischen Glück finden lasse. Das Defizit an Erfolg im Westen ist aber der beste Verbündete des Mitteleuropa-Gedankens. Das Auswandern der Deutschen in die Traumwelt neuer Ordnungen könnte relativ leicht verhindert werden: durch Erfolgserlebnisse in der Europäischen Integration.

Die Selbstbehauptung Europas

Es ist einiges in Bewegung geraten, was die Verortung Westeuropas in der Weltpolitik anbetrifft. Verhandlungen mit dem RGW, Konflikte mit den USA, Erstaunen über den ausgeprägten Bilateralismus der Weltmächte – alles das ist nur die Oberfläche eines Vorgangs, der die Westeuropäer intensiver über ihre eigene Zukunft nachdenken läßt. Selbstbehauptung Europas, Identität Europas, Europäisierung Europas – es gibt etliche Überschriften für ein vielschichtiges Syndrom, das die Zukunft Europas wesentlich bestimmen wird. Die Architektur der Nachkriegsordnung beginnt sich zu wandeln. Man wird sehen, ob es bei einer Renovierung der Fassaden bleibt.

Die jüngste Vergangenheit hielt im Blick auf amerikanische Handlungsweisen für die Europäer einige bemerkenswerte Erfahrungen bereit. Reagans Handlungsmargen beim Gipfel mit Gorbatschow in Reykjavik dürften ebenso dazugehören wie die militärische Attacke der Amerikaner auf Libyen. In den europäisch-amerikanischen Beziehungen ist eine Schiefelage eingetreten, die vier Ursachen hat:

- Der Nordatlantikvertrag ist auf seine militär-organisatorische Dimension reduziert, was ursprünglich so nicht vorgesehen war. Damit fällt er weitgehend aus als Instrument zur Erarbeitung und Formulierung einer gemeinsamen Politik und auch als Bezugspunkt weitergehender Loyalität der westlichen Welt.
- Die traditionell vorhandenen Unterschiede zwischen den USA und Europa haben sich vertieft. Der amerikanische Angriff auf Libyen ist das beste Beispiel dafür. Dahinter stehen unterschiedliche Formen politischer Rationalität. Nicht

nur einzelne Auffassungen, sondern die Formen des politischen Kalküls in Amerika und in Europa driften auseinander.

- Die Frage der Akzeptanz und Legitimation von Sicherheitspolitik wird heute sehr viel nachdrücklicher als früher gestellt. Um diese Frage überzeugend beantworten zu können, fehlt der NATO der notwendige politische Unterbau, der es ermöglichte, die subjektiven Dispositionen der einzelnen Bürger an das politische System heranzutragen und umgekehrt die Entscheidungen der NATO für den Einzelnen wiederum plausibel zu machen.
- Für eine vitale Allianz fehlt den USA der ebenbürtige europäische Dialogpartner, der die genannten Defizite ausgleichen könnte.

Der Kern des Problems wurde von Bundespräsident Richard von Weizsäcker präzise beschrieben: „Die europäischen Sicherheitsinteressen sind nicht immer identisch mit denen der Amerikaner. Die USA sind eine Weltmacht, die Europäer nicht. In Europa gibt es Waffensysteme konventioneller Art, Kurzstreckenraketen, die woanders als auf dem europäischen Kriegsschauplatz gar keine Anwendung fänden. Die Weltraumtechnologie und die strategischen Waffen sind Dinge, die in erster Linie die beiden bündnisführenden Mächte betreffen. Es besteht eine Asymmetrie zwischen den Partnern im Warschauer Pakt einerseits und den Partnern im Atlantischen Bündnis andererseits“¹⁸.

Die spezifische Verfassung von Identität und Divergenz der europäisch-amerikanischen Interessen markiert das Dilemma des sicherheitspolitischen Denkens in Westeuropa. Das Management der Asymmetrien der Sicherheitspolitik fordert und verhindert offenbar zugleich eine effektive Korrektur der sicherheitspolitischen Architektur Westeuropas. Einerseits erscheint Westeuropas Sicherheit nur atlantisch deklinierbar; andererseits liegt darin für Westeuropa die Gefahr, zu einer nur beschränkt relevanten, abhängigen Variablen im Kalkül und im Arrangement der Weltmächte zu werden. Wie kann die sicherheitspolitische Identität Westeuropas gestärkt und effektiv gemacht und zugleich der sicherheitspolitische Konsens der Atlantischen Allianz vertieft werden? Diese sicherheitspolitische Dialektik, die in der strikten Gleichzeitigkeit der damit angesprochenen Doppelaufgabe liegt, markiert den Rahmen, in dem die Perspektiven der Organisation westeuropäischer Sicherheitspolitik zu sehen sind.

In der deutschen Diskussion um die Zukunft der Sicherheit hat seit etlichen Jahren die Frage nach der sicherheitspolitischen Identität Westeuropas wachsendes Gewicht erhalten. Die Formel von der Selbstbehauptung Europas beschreibt den rhetorischen Rahmen. Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis haben dazu neue Schubkräfte freigesetzt. In diesem Kontext ist der Verlauf des Gipfeltreffens in den psychologischen Folgewirkungen als Schock von Reykjavik bewertet worden. Es war der Eindruck zu gewinnen, daß in der deutschen Politik wieder Erinnerungen an das alte Thema des Alpdrucks von Potsdam wach wurden²⁰ – jene Befürchtung einer Übereinkunft der Weltmächte auf Kosten dritter Staaten. Trotz aller aktueller Brisanz der Frage nach der Organisation westeuropäischer Sicherheit ist jedoch keine klar konturierte Diskussion des Themas zu

registrieren. Die Beiträge erschöpfen sich in der Regel in einer diffusen Rhetorik: In praktisch wortgleichen Wiederholungen wird „die Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis“ beschworen²¹. Die operativen Hinweise erschöpfen sich in allgemeinen Appellen zur Vertiefung der politischen Zusammenarbeit in der WEU bzw. zur Verbesserung der politischen Positionsabstimmung zwischen den europäischen NATO-Mitgliedern. Aus diesem unklaren Unterfutter vornehmlich appellativer Beschwörungen ragt zweifellos der konkrete Vorschlag des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt heraus. Schmidt fordert einen konventionellen militärischen Verbund Westeuropas auf Initiative und unter Einschluß Frankreichs sowie die Entfaltung einer gemeinsamen Sicherheits- und Gesamtstrategie in diesem Rahmen: „Die konventionellen Streitkräfte Frankreichs und Deutschlands würden allein fast ausreichen, um den konventionell bewaffneten Truppenmassen der Sowjetunion ein ausreichendes Gegengewicht zu bieten und ein machtpolitisches Gleichgewicht zu erreichen. Der Verteidiger braucht keineswegs genauso viele Soldaten wie der Angreifer. Natürlich bedürfte es eines französischen Oberbefehlshabers, natürlich bedürfte es einiger zusätzlicher Haushaltsansätze, aber natürlich sind die finanzwirtschaftlichen Ressourcen der Bundesrepublik etwas größer als diejenigen Frankreichs, sie müssen dann verfügbar gemacht werden“²². Gleichgültig, wie man die strategischen Details eines solchen Vorschlags beurteilt – symptomatisch für die Präzision und den Abstraktionsgrad der sicherheitspolitischen Debatte ist, daß auch ein solch profilierter Vorstoß keine substantielle Diskussion auslöst. Gleiches gilt bisher auch für die weitergehenden Forderungen des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine²³ nach Austritt aus der militärischen Organisation der NATO – nach französischem Vorbild – sowie für die Forderung der Grünen²⁴ nach vollständigem Austritt aus der NATO bei gleichzeitiger Ablehnung eines jeglichen westeuropäischen Verteidigungsverbundes.

Als Befund zur deutschen Diskussion über die Organisation Westeuropas ist festzuhalten: Es fehlt nicht an Hinweisen und Appellen, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken. Es fehlt jedoch an einer klar konturierten Debatte, die im Pro und Contra die operativen Konsequenzen deutlich machen und rationalisieren könnte. Selbst die Vorstellung weitreichender Alternativkonzepte hat zu einem solchen Diskurs nicht provozieren können.

Alle bisher angesprochenen Varianten zur Vertiefung der sicherheitspolitischen Kooperation in Westeuropa – der Ausbau der Euro-Group, der WEU und der sicherheitspolitischen Dimension der EPZ – bewegen sich auf der Linie eines vorsichtig tastenden Pragmatismus. Dieser Pragmatismus kann zwar die sicherheitspolitischen Defizite und Defekte entdramatisieren, aufheben kann er sie nicht. Er läßt die militärischen Strukturen weitgehend unberührt und konzentriert sich auf die Dimension der politischen Meinungsbildung unter den Außen- und Sicherheitspolitikern. Es mag sich in mittlerer Sicht herausstellen, daß dieser sicherheitspolitische Pragmatismus ausreicht, um flexible Anpassungen vorzunehmen. Mindestens ebenso wahrscheinlich ist aber auch ein Szenarium, das ei-

nen wirklichen Umbau der sicherheitspolitischen Architektur Westeuropas erzwingen könnte. Der Stoff für diese neue Kulisse der europäischen Politik könnte gewebt sein aus einer wachsenden Dominanz des Weltmacht-Bilateralismus, einer weitergehenden Entfremdung der politischen Kulturen Amerikas und Europas, einer Legitimations- und Akzeptanzkrise westeuropäischer Sicherheitspolitik, einer eigenständigeren europäischen Identität. In einem solchen Kontext reicht ein Pragmatismus, der sich weitgehend auf die politischen Ornamente bestehender Organisationen bezieht, nicht aus. Zudem sind in allen drei Organisationen gewichtige Hindernisse gegen weitreichende Korrekturen auszumachen. Nur die Gründung einer neuen sicherheitspolitischen Organisation in Westeuropa, die über einen eigenen militärischen Unterbau verfügt, kann einen Ausweg aus diesem Dilemma bieten. Dieser neuen Union würde zweifellos ein Teil der heutigen EG-Mitgliedstaaten angehören. Sie könnte an den dichten Legitimationsprozeduren, die sich im EG-Rahmen herauskristallisiert haben, partizipieren, ebenso an deren politischer Infrastruktur. Es lohnt sich dazu, erneut einen Blick in den EVG-Vertrag zu werfen²⁵. Denn dieser Vertrag sieht zunächst einmal politische Institutionen mit einem parlamentarischen Unterbau vor. Ein solcher Ansatz zur Legitimierung zur Sicherheitspolitik erscheint heute dringlicher denn je. Der EVG-Vertrag sieht zudem integrierte europäische Truppenverbände vor. Auch dies erscheint heute militärpolitisch sinnvoll – wobei ein solches Modell die Reintegration der französischen Streitkräfte ermöglichen würde. Der EVG-Vertrag sieht schließlich eine enge Verzahnung mit der NATO im militärischen wie politischen Bereich vor. So heißt es beispielsweise in Artikel 2 des EVG-Vertrages, daß sich die Gemeinschaft „im Rahmen des Nordatlantikpaktes an der westlichen Verteidigung“ beteiligt. Der Artikel 18 lautet: „Im Krieg hat der zuständige Oberbefehlshaber der Nordatlantikpakt-Organisation gegenüber den bezeichneten Streitkräften die volle Gewalt und Verantwortung, die sich aus seiner Stellung als Oberbefehlshaber ergibt.“ Auch in Friedenszeiten sind weitreichende Befugnisse für den NATO-Oberbefehlshaber vorgesehen. Details regeln ergänzende Protokolle. Alles das könnte heute unter gewandelten Rahmenbedingungen ähnlich organisiert werden, ohne die übrige NATO-Struktur zu tangieren. Ebenso würden die bisherigen Entscheidungsstränge für den Einsatz der französischen und der englischen Nuklearwaffen nicht berührt, auch wenn hier langfristig Korrekturen sinnvoll erscheinen. Der EVG-Vertrag sieht schließlich eine Einbindung in die übrigen Europäischen Gemeinschaften unter einem politischen Dach vor – eine nach wie vor sinnvolle und realisierbare Perspektive.

Diese weitreichende Neuorganisation der westeuropäischen Sicherheitspolitik könnte verbunden werden mit einer umfassenden Reform der Organisation westlicher Meinungs- und Entscheidungsfindung im nordatlantischen Bündnis, um Akzeptanz- und Legitimationsdefizite westlicher Sicherheitspolitik zu reduzieren. Eine solche Reorganisation westlicher Sicherheitspolitik kann in der Konsequenz sowohl zu einem besseren Verständnis als auch zu einem Auseinanderdriften der Europäer und Amerikaner führen. Denkbar wären auch unterschiedliche

Akzente der militärischen Strategien bei den Amerikanern einerseits und bei den Europäern andererseits. Denkbar sind auch Verschärfungen der europäisch-amerikanischen Konflikte im Bereich der Rüstungstechnologie. Alles das könnte im selbstbewußten Gespräch zwischen einer europäischen Sicherheitsunion und der NATO bzw. den Amerikanern besser ausgetragen und rationalisiert werden als auf der Grundlage des heutigen Zustands der Atlantischen Allianz. Das heutige irrationale Auseinanderstreben beider Kontinente könnte transformiert werden in eine verabredete Arbeitsteilung.

Die Gesamtabwägung der verschiedenen Faktoren im sicherheitspolitischen Kalkül der westeuropäischen Staaten läßt vier Schlußfolgerungen zu:

- a) Die sicherheitspolitische Motivstruktur, die konkreten Willensbekundungen der politischen Akteure und die grundsätzlich vorhandenen institutionellen Möglichkeiten lassen erwarten, daß es in absehbarer Zukunft zu einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten kommen wird.
- b) Die besondere Schwierigkeit liegt in der organisatorischen Umsetzung eines heterogenen politischen Willens, da alle denkbaren Alternativen sowohl Vorteile als auch erhebliche Nachteile aufweisen.
- c) Es ist anzunehmen, daß man versuchen wird, in pragmatischer Form die bestehenden Organisationsmodelle fortzuentwickeln: Die Euro-Group wird ihre starke militärische Akzentuierung behalten. Die WEU kann vor allem das starke französische Engagement in einen europäischen Kommunikationsrahmen einbringen. Die Europäische Gemeinschaft wird den Versuch unternehmen, ihr außenpolitisches Gewicht durch verstärkte sicherheitspolitische Konzentrierung zu ergänzen.
- d) Die weltpolitischen, sicherheits- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen lassen die Wahrscheinlichkeit wachsen, daß der bisher praktizierte Pragmatismus nicht mehr ausreicht und es zur Schaffung neuer Organisationsformen der Sicherheitspolitik in Europa kommen wird. Die erneute Lektüre des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vom 27. Mai 1952 bietet sich als Ansatzpunkt für eine Korrektur der sicherheitspolitischen Architektur Westeuropas an. Er enthält modellhaft Strukturvorschläge, die ihre Tragfähigkeit auch für die Zukunft Europas beweisen können.

Auch in den Beziehungen zwischen West- und Osteuropa ist einiges in Bewegung geraten:

Nicht nur, daß sich hier Veränderungen im weltpolitischen Klima reflektieren; nicht nur, daß in Ost und West schwerwiegende Probleme gesellschaftlicher Modernisierung zu lösen sind; nicht nur, daß über Aufgaben der Sicherheitspolitik und des Umweltschutzes neue gesamteuropäische Erfahrungshorizonte, auch gegenüber den beiden Weltmächten, entstehen; nicht nur, daß mit KSZE, MBFR und anderen internationalen Foren eine Kontinuität dichter Verhandlungskontakte existiert – seit geraumer Zeit verhandeln die Europäische Gemeinschaft und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) über ein Rahmenabkom-

men. Es war ein weiter Weg vom Antagonismus zwischen Ost- und Westeuropa in der frühen Nachkriegszeit über die Nicht-Anerkennung bis hin zum Gesprächsangebot und zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen zwischen EG und RGW²⁶. Dieser Wandel wurde forciert durch handfeste ökonomische Interessen, durch die EG-Kompetenzlage, durch Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen insgesamt. Konkret ausgelöst wurde der Positionswechsel im handelspolitischen Feld. Aber seine Problemwurzeln und seine Entwicklungsperspektiven reichen sehr viel weiter und erfassen sensible, tieferliegende kulturelle Schichten des Selbstbewußtseins der Europäer. Die politische Rhetorik entwickelt gemeinsame Sprachfiguren in Ost- und Westeuropa: Vom gemeinsamen Haus Europa ist hier wie dort die Rede. Alles das gilt es im Auge zu behalten.

Der 1981 abgerissene Gesprächsfaden zwischen EG und RGW wurde 1985 wieder geknüpft²⁷. Die EG stellte dabei den Austausch von Wirtschaftsinformationen und Statistiken, den Umweltschutz und die Frage von Normen in den Vordergrund²⁸. Unübersehbar ist für Brüssel das alte Grundproblem geblieben: Wie die Zusammenarbeit mit dem RGW vertiefen, ohne die Spielräume der einzelnen RGW-Staaten zu verringern und ohne neue Status-Probleme etwa im Zusammenhang mit Berlin entstehen zu lassen?

So sehr die konkreten handelspolitischen Beratungen zwischen EG und RGW im Zentrum aktueller Entwicklungen zwischen Ost- und Westeuropa stehen, so sehr muß doch vor einer Reduzierung der Betrachtung auf diese Dimension gewarnt werden. Ein wichtiges weiteres Forum bot die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und deren Nachfolgekongressen. Die KSZE galt zunächst auch als erste Bewährungsprobe für das neue Instrument der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), die allgemein als mit großem Erfolg bestanden beurteilt wurde²⁹. Zahlreiche Vorschläge im Blick auf menschliche Kontakte, Menschenrechte, Informationen, Kultur und Wissenschaft wurden in der EPZ gemeinsam erarbeitet und im Rahmen der KSZE mit den osteuropäischen Staaten verhandelt.

Nimmt man die Fülle gemeinschaftsorientierter bilateraler Kontakte hinzu, nimmt man ebenso die vielfältigen Kontakte in Kultur, Wissenschaft und Sport hinzu, dann kann man die Dichte jenes Netzwerks an Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa abschätzen, daß im Laufe der Jahrzehnte trotz der festen Einordnung in den Ost-West-Konflikt seine Tragfähigkeit erwiesen hat. Diese konkreten Vollzüge ökonomischer, sicherheitspolitischer und kultureller Kooperation bilden jedoch nur die Oberfläche des Themas, dessen Tiefendimension im Bild der Europäer in Ost und West von einem gemeinsamen Europa besteht. Die subjektiven Dispositionen, mit denen in Ost und West das ‚Wir Europäer‘ ausgesprochen wird, sind wichtige Faktoren auch für jene Oberflächenkalkulationen der tagespolitischen Interessen. Die Frage, die sich vor diesem Hintergrund für die Europäische Gemeinschaft stellt, lautet: „Welche gesamteuropäische Perspektive und welche gesamteuropäische Relevanz besitzt die westeuropäische Integration?“

Die Spaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hat ja nicht einfach zur Auflösung des Kontinents, gewissermaßen zum historischen Schlußpunkt eines geschichtlichen Faktors geführt. Eher wohl kann man die Nachkriegsgeschichte als eine Anknüpfung an jene europäische Tradition unter Wechselwirkung von Abwendung und Zuwendung verstehen. Antagonismus und Kooperation markieren die europäischen Beziehungen in unterschiedlichen Zeiten mit jeweils unterschiedlichem Gewicht. Der Konflikt zwischen Europa (West) und Europa (Ost) weist spektakuläre Krisen auf. Seine augenfällige Oberfläche bilden die internationalen Organisationen politischer Macht: NATO und Warschauer Pakt, Europäische Gemeinschaft und Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die Innenseite und den Antrieb des Konflikts bilden jedoch das Aufeinanderprallen zweier geistig-politischer Grundprinzipien: der Mensch als Person und der Mensch als Gattungswesen. Zwei Grundvorstellungen vom Menschen sind in Europa also in einen spannungsreichen Wettbewerb getreten und haben sich unterschiedliche Organisationsformen geschaffen: den demokratischen Verfassungsstaat und die Volksdemokratie. Im Zuge der Internationalisierung der Lebenssachverhalte erweist es sich als unmöglich, Prinzipien und Organisationsformen dieser Art in nationaler Abgrenzung zu belassen. Sie bedürfen der internationalen Einordnung und Absicherung. Folgerichtig ist es in West- und Osteuropa zu internationalen Integrationsprozessen gekommen: Die Institutionen Westeuropas sind insofern Ausdruck europäischer Volkssouveränität; die Institutionen Osteuropas bilden den Realisierungsrahmen des sozialistischen Internationalismus. Hier wird jeweils ein Teil des Herkunftsbewußtseins der Europäer geprägt, werden gemeinsame Erfahrungen im Gegeneinander und im Miteinander gesammelt, werden Konflikte ausgetragen, erfährt sich der Europäer als Teil einer internationalen Handlungsgemeinschaft. Der Konflikt zwischen Ost- und Westeuropa gehört zum Bestand europäischer Identität wie die Erfahrung der jeweiligen, gewissermaßen teil-europäischen Integrationsgemeinschaft.

Dieser Wettbewerb zweier Grundvorstellungen von der menschlichen Existenz ist eingebettet in die Suche Europas – in Ost und West – nach einer angemessenen Antwort auf die Herausforderungen der Moderne. Diesem Zwang, eine Antwort auf die Moderne zu finden, kann sich Europa nicht entziehen. Die entscheidenden Entwicklungen in Ost- und Westeuropa sind dementsprechend an diesem Thema festgemacht:

In Osteuropa vollzieht sich die Modernisierung mit dramatischen Konsequenzen. In immer komplexeren Gesellschaften verliert die Ideologie ihre orientierende Kraft und ihre sinnstiftende Funktion³⁰. Der schöpferische Ideologe wird zum Außenseiter und Abweichler, weil sich die angefochtene Lehre in den starren Dogmatismus zurückzieht. Der utopische Akzent der Philosophie verschleißt sich. Er verliert seine Legitimationsfunktion³¹. Übrig bleiben: der Ordnungsanspruch des Staates und der Materialismus. Mag die Ideologie zunächst den Modernisierungsprozeß beschleunigt haben, so wirkt sie jetzt bestenfalls als überflüssige Bremse. In Osteuropa heißt die Antwort auf den Druck zur Modernisie-

rung: Hinwendung zur gesellschaftlichen Differenzierung und Zerfall der Ideologie. Dies hat tiefgreifende politische Konsequenzen: Der unversöhnliche Gegensatz zu anderen Ländern verliert seine Unaufhebbarkeit, der ideologische Antagonismus kann nicht mehr das Maß aller Dinge sein. Das eigene Ordnungssystem verliert seine Verklärung. Ein Stück weit werden diese Entwicklungen zu verstehen sein als Rückkehr zur Normalität europäischer Gemeinsamkeit jenseits ideologischer Abgründe – noch verstärkt durch den Wunsch, den westlichen Lebensstandard zu erreichen und damit die Modernitätsverspätung Osteuropas auszugleichen.

Westeuropa hat diese Modernisierungsphase bereits durchlaufen: wachsende gesellschaftliche Komplexität und wachsende Bürokratisierung, zunehmende Unüberschaubarkeit und Pluralisierung haben die Westeuropäer bereits die ganze Kälte der industriellen Massengesellschaft erfahren lassen. Hier artikuliert sich Unbehagen an der Moderne. Auswählen und abwägen wird zum Imperativ, ohne daß der Mensch in festen Solidaritätsstrukturen und zweifelsfreien Normensystemen sich aufgehoben fühlt.

Kurz zusammengefaßt: Die gleiche fundamentale Herausforderung der Moderne, die alle Europäer zu bestehen haben, findet unterschiedliche, phasenverschobene Antworten in Ost und West. Bestenfalls auf der Ebene der sozialpsychologischen Verarbeitung sind Parallelen zu erkennen: Unter den Existenzbedingungen der Moderne wird die Außenwelt fragwürdiger und die Innenwelt komplizierter. Gleichgerichteten Druck auf Ost- und Westeuropa übt allerdings ein anderes Strukturmerkmal der Moderne aus – die Internationalisierung des Lebens. In Ost und West wird darauf eine parallele Antwort formuliert: fortschreitende Integration. Einer internationalisierten Problemstruktur steht allerdings keine adäquate politische Entscheidungsstruktur gegenüber. Integration in West und Ost wird so zum Versuch, Problemstruktur und Entscheidungsstruktur in Übereinstimmung zu bringen.

Europa lebt unter dem Zwang der Koexistenz. In diesem Rahmen leistet die Gemeinschaftsbildung Westeuropas nicht nur einen nach Westen gerichteten Dienst und nicht nur einen stabilisierenden Beitrag zu den Ost-West-Beziehungen. Die Gemeinschaftsbildung Westeuropas ist auch eine Leistung zur Ausgestaltung des ‚gemeinsamen Hauses Europa‘. Man muß nicht alles am westeuropäischen Integrationsprozeß als gelungen oder gar als vorbildlich ansehen. Aber einzelne Elemente aus dieser friedlichen Gemeinschaftsbildung ehemals verfeindeter Nationen können durchaus Bausteincharakter für ein Gesamteuropa mit sehr pluralen, sehr unterschiedlichen staatlichen Ordnungsformen haben: als ein Europa der Freizügigkeit, als ein Europa der friedlichen Konfliktregelung, als ein Europa des freien Austausches von Meinungen und Informationen. Zu alledem ist der Prozeß der westeuropäischen Integration nur ein Torso, ein erster Schritt zur Gemeinschaftsbildung aller Europäer. Es handelt sich um einen hoffnungsvollen Nachweis, wie Gegner von Gestern zur Gemeinschaft werden können, wie trotz unterschiedlicher Mentalitäten, unterschiedlicher Traditionen und

Interessen die Gemeinschaftsbildung gelingen kann. In den verschiedenen Formen der Integration und der Kooperation können die Europäer ihre Erfahrungen aus einer leidvollen Geschichte für die Zukunft produktiv werden lassen.

Um den Bogen zur feierlichen Unterzeichnungszereemonie der Römischen Verträge zurückzuschlagen: Das damalige ‚Ceterum censeo‘ des luxemburgischen Ministerpräsidenten Bech vom 25. März 1957 gilt wohl noch heute und auch für die absehbare Zukunft – ‚Europam esse construendam‘⁴³. Es ist zwischenzeitlich durch ein weiteres ‚ceterum censeo‘ zu ergänzen – Europa braucht Erfolgserlebnisse, wenn es die Kraft zur Selbstbehauptung aufbringen soll.

Anmerkungen

- 1 Hanns Jürgen Küsters, Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982; Peter Weilemann, Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft, Baden-Baden 1982; Hans von der Groeben, Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft, Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966), Baden-Baden 1982.
- 2 Vgl. u. a. Hanns Jürgen Küsters, Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31. Jg. 1983, S. 646–673; ders., Von der EVG zur EG, Der europäische Wiederaufschwung 1955–1957, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/83, S. 3–15; Walter Lippens, Europäische Integration, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik, Stuttgart 1974, S. 519–553; Hans-Peter Schwarz, Die Europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31. Jg. 1983, S. 555–572.
- 3 Vgl. u. a. Thomas Jansen, Europa: Von der Gemeinschaft zur Union. Strukturen – Schritte – Schwierigkeiten, Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung, Bd. 6, Bonn 1986; Hans von der Groeben, Zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Rom-Verträge, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/82, S. 3–16.
- 4 Vgl. ausführlicher dazu Werner Weidenfeld, Die Einheitliche Europäische Akte, in: Außenpolitik, 37. Jg. 1986, S. 375–383; zur umfassenden Würdigung s. Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Wege zur Europäischen Union, Vom Vertrag zur Verfassung, Bonn 1986; Wolfgang Wessels, Die Einheitliche Europäische Akte – Zementierung des Status quo oder Einstieg in die Europäische Union? in: Integration, 2/86, S. 65–79; außerdem vgl. das gesamte Heft ‚Integration‘, 3/86.
- 5 Siehe Wolfgang Schumann, Das dänische Referendum zur Einheitlichen Europäischen Akte. Hintergründe und Konsequenzen, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-LN 2486, August 1986; siehe auch Wolfgang Schumann, Dänemark, in diesem Band.
- 6 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 21. 11. 1986; Le Monde v. 21. 11. 1986; siehe auch Henri Ménudier, Frankreich, in diesem Band.
- 7 Zur grundsätzlichen Problematik siehe Rudolf Hrbek/Uwe Thaysen (Hrsg.), Die deutschen Länder und die Europäischen Gemeinschaften, Baden-Baden 1986; Klaus Otto Nass, „Nebenaußenpolitik“ der Bundesländer, in: Europa-Archiv, 41. Jg. 1986, S. 619–628; Werner Ungerer, Deutsche Interessen in und an der Europäischen Gemeinschaft, in: Außenpolitik, 37. Jg. 1986, S. 363–374; Fritz Scharpf, Die Politikverflechtungs-Falle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, 26. Jg. 1985, S. 323–356; siehe dazu auch Wolfgang Wessels, Europa in der wissenschaftlichen Debatte, und Michael Garthe, Bundesrepublik Deutschland, in diesem Band.
- 8 Vgl. z. B. die Rede Gaston Thorns am 29. 3. 1982 bei einem Festakt anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung der Verträge von Rom, abgedruckt in: Europa-Archiv, 37. Jg. 1982, S. D 223–225; Interview mit Gaston Thorn in: Die Welt v. 12. 7. 1982.

- 9 Zu Einzelheiten vgl. Rolf Lahr, Die Legende vom 'Luxemburger Kompromiß', in: Europa-Archiv, 38. Jg. 1983, S. 223-232.
- 10 Vgl. als Überblick Heinz Riesenhuber, EU-REKA – ein neues Element der europäischen Technologiepolitik, in: Europa-Archiv, 41. Jg. 1986, S. 185-190; Bernhard Sälzer, Europas Mehr-Wert, Chance für die Zukunft: Gemeinsame Technologiepolitik, Bonn 1986.
- 11 Fritz Scharpf, Ein Sprengsatz für die Gemeinschaft, Plädoyer gegen eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion in: Die Zeit v. 12. 12. 1986, S. 32; s. a. die Gegenposition: Helmut Schmidt, Europa braucht mehr Mut, Die wirtschaftliche Integration der Europäischen Gemeinschaft muß vorankommen, in: Die Zeit v. 26. 12. 1986, S. 23.
- 12 Hans-Peter Schwarz, Europas frustriertes Scheinparlament, in: Rheinischer Merkur v. 28. 11. 1986, S. 3.
- 13 Vgl. u. a. Bernard Willms, Die Deutsche Nation, Köln 1982; Wolfgang Venohr (Hrsg.), Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch-Gladbach 1982.
- 14 Vgl. z. B. Günter Gaus, Wo Deutschland liegt, Hamburg 1983; Walter Laqueur, Was ist los mit den Deutschen? Frankfurt 1985; Wilfried von Bredow, Deutschland – ein Provisorium? Berlin 1985; Bernard Willms, Idealismus und Nation, Paderborn 1986; Wolfgang Seifert, Das ganze Deutschland, München/Zürich 1986; Marielouise Janssen-Jurreit, Lieben Sie Deutschland? Gefühle zur Lage der Nation, München/Zürich 1985.
- 15 Zu Einzelheiten siehe Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, 2. Aufl., München 1984; ders. (Hrsg.), Nachdenken über Deutschland, Materialien zur politischen Kultur der Deutschen Frage, 2. Aufl., Köln 1985.
- 16 Siehe z. B. Karl Schlögel, Die Mittel liegt ostwärts, Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa, Berlin 1986; György Konrad, Antipolitik, Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt 1985, Jochen Löser/Ulrike Schilling, Neutralität für Mitteleuropa, München 1984.
- 17 Friedrich Naumann, Mitteleuropa, Berlin 1915.
- 18 Interview mit Richard von Weizsäcker, in: Die Welt v. 14. 1. 1987, S. 7.
- 19 Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. 12. 1986, S. 8; als ausführliche Analyse der Diskussion nach Reykjavik s. Karl Kaiser, Die Diskussion über die NATO-Strategie nach dem Gipfeltreffen von Reykjavik, Vortrag anlässlich der Verleihung des Atlantic Award 1986 der NATO am 24. 11. 1986, mrschr. Manuskript; vgl. auch Lothar Rühl, Eine konventionelle Abschreckung für Europa? in: Die Welt v. 22. 12. 1986, S. 6.
- 20 Zu Einzelheiten dieser Stereotype vgl. Werner Weidenfeld, Konrad Adenauer und Europa, Bonn 1976.
- 21 Vgl. dazu aus jüngster Zeit u. a. Manfred Wörner, Sicherheit im Bündnis, in: Hans-Gert Pöttering (Hrsg.), Perspektiven europäischer Sicherheitspolitik, Transnational 25, S. 6-9; Volker Rühle, Perspektiven unserer Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik, in: Sonde, Nr. 3-4/86, S. 76/83; Hans-Gert Pöttering, Eine neue europäische Sicherheitspolitik?, in: Außenpolitik 36. Jg. 1985, S. 147-156; Jürgen Möllemann, Die sicherheitspolitische Dimension der Integration Europas, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 149 v. 4. 12. 1986, S. 1245-1248; so auch SPD-Parteitagebeschluss, Nürnberg 25.-29. 8. 1986, in: Politik, Informationsdienst der SPD, Nr. 8, Sept. 1986; Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm der SPD, Irsee Juni 1986; zu den langfristigen Entwicklungslinien der Diskussion vgl. die Kapitel 'Westeuropas Sicherheitspolitik' in den Jahrbüchern der Europäischen Integration, Bonn 1980 ff. (in diesem Band von Peter Schmidt).
- 22 Helmut Schmidt, Europa muß sich selbst behaupten, in: Die Zeit v. 21. 11. 1986, S. 3.
- 23 Vgl. Oskar Lafontaine, Angst vor den Freunden, Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse, Reinbek 1983, S. 81 ff.
- 24 Programm der Grünen zur Bundestagswahl 1987, S. 26 ff.
- 25 Abgedruckt in: Jürgen Schwarz (Hrsg.), Der Aufbau Europas, Pläne und Dokumente 1945-1980, Bonn 1980, S. 161-240.
- 26 Zu den grundsätzlichen Aspekten vgl. Eberhard Schulz (Hrsg.), Die Ostbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft, München/Wien 1977; Hajo Hasenpflug (Hrsg.), Die EG-Außenbeziehungen, Hamburg 1979; Klaus

- Bolz u. a., Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Hamburg 1976; Axel Lebahn, Sozialistische Wirtschaftsintegration und Ost-West-Handel im sowjetischen internationalen Recht, Berlin 1976; Reinhold Biskup, Die Europäische Gemeinschaft, Die Integration Europas im Spannungsfeld zwischen West und Ost, in: Erich G. Pohl (Hrsg.), Berlin und die Zukunft Europas, Koblenz 1986, S. 70–77; Connie M. Friesen, The Political Economy of East-West-Trade, New York 1976; Eberhard Schulz, Moskau und die Europäische Integration, München 1975.
- 27 Vgl. Eberhard Rhein, Außenbeziehungen, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1985, S. 221–228.
- 28 Vgl. ABl. der EG, Nr. C 32/20–21 v. 12. 2. 1986; s. ergänzend auch EP-Bericht Bettiza über die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Ländern Mittel- und Osteuropas v. 7. 10. 1985, PE DOK A 2–111/85.
- 29 Vgl. dazu u. a. Wolfgang Wessels, Die Europäische Politische Zusammenarbeit, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1980, S. 115–127; Jan Höhn, Außenpolitik der EG-Staaten im Fall der KSZE, München 1978.
- 30 Vgl. ausführlich dazu Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters, Die Europäisierung Europas, Berlin 1981.
- 31 Zum Legitimationsproblem in Ost und West vgl. Richard Löwenthal, Politische Legitimität und kultureller Wandel in Ost und West, in: ders., Gesellschaftswandel und Kulturkrise, Frankfurt 1979, S. 101–132.
- 32 Zur Unterzeichnungszeremonie siehe die Einführung zu Werner Weidenfeld, 30 Jahre EG, Bilanz der Europäischen Integration, Bonn 1987.

Weiterführende Literatur:

- Fiedler, Wilfried: Die Verrechtlichung – Weg oder Irrweg der Europäischen Integration? (Saarbrücker Universitätsreden 17), Saarbrücken 1986.
- Froment-Meurice, Henri: Europa als eine Macht. Köln 1986.
- Giersch, Herbert: Gegen Europessimismus. Stuttgart 1986.
- Glötz, Peter: Manifest für eine Neue Europäische Linke. Berlin 1985.
- Hrbek, Rudolf/Theysen, Uwe (Hrsg.): Die Deutschen Länder und die Europäischen Gemeinschaften. Baden-Baden 1986.
- Jansen, Thomas: Europa: von der Gemeinschaft zur Union. Strukturen, Schritte, Schwierigkeiten (Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung, Bd. 6). Bonn 1986.
- Jansen, Bernd/Sander, Wolfgang (Hrsg.): Europa in der Schule. Bonn 1986.
- Kinsky, Ferdinand Graf: Föderalismus: ein Weg aus der Dauerkrise. Bonn 1986.
- Kramer, Heinz: Zur konzeptionellen Fundierung und Tragfähigkeit des westeuropäischen Integrationsprozesses. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP - AP 2462, Februar 1986.
- Lipgens, Walter (Hrsg.): 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung, Dokumente 1939–1984. Bonn 1986.
- Rovan, Joseph: Zwei Völker – eine Zukunft, Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. München 1986.
- Sälzer, Bernhard: Europas Mehr-Wert, Chance für die Zukunft: Gemeinsame Technologiepolitik. Bonn 1986.
- Senghaas, Dieter: Die Zukunft Europas, Probleme der Friedensgestaltung. Frankfurt 1986.
- Schardt, Alois/Brüske, Hans-Günther (Hrsg.): Europa auf dem Bildschirm. Szenarium der europäischen Fernsehwirklichkeit (Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung, Bd. 8). Bonn 1986.
- Schneider, Heinrich: Rückblick für die Zukunft. Konzeptionelle Weichenstellungen für die Europäische Einigung (Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung, Bd. 7). Bonn 1986.
- Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Wege zur Europäischen Union. Vom Vertrag zur Verfassung? Bonn 1986.
- Weidenfeld, Werner: Die Einheitliche Europäische Akte, in: Außenpolitik 4/1986, S. 375–383.